



DIE REGIERUNG BOYKOTTIERT DAS INTERNATIONALE ATOMWAFFENVERBOT. Dagegen ist die Deutsche Bank pazifistisch ...*

Die Linksfraktion hat nach der Haltung der Regierung zum Atomwaffenverbot gefragt. Antwort: Der UN-Vertrag sei „nicht geeignet“, eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen. Begründung: „Keiner der Nuklearwaffenstaaten, auf deren Mitwirkung es bei einer an echtem Fortschritt orientierten nuklearen Abrüstung in erster Linie ankommt, hat sich an den Verhandlungen beteiligt.“ Übersetzt: Wofür der UN-Vertrag geeignet ist, bestimmen die Atomstaaten.

Im Koalitionsvertrag stehen folgende schöne Sätze: „Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt“ und „Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen.“ Aber wozu noch Gespräche? Die haben längst stattgefunden und zu dem Nichtverbreitungsvertrag/NVV geführt: einigen Staaten wurde der Besitz von Atomwaffen gestattet – so lange sie ernsthafte Abrüstungsgespräche führten. Nun, die Wahrheit einer Absicht ist die Tat: Es wird wieder auf- statt abgerüstet. Wie sollen die atomwaffenfreien Staaten denn noch Vertrauen in den NVV haben? Das Atomwaffenverbot ist Resultat ihres begründeten Misstrauens.

Ex-Justizminister Heiko Maas gratulierte ICAN zum Friedensnobelpreis. Außenminister Heiko Maas muss jetzt danach handeln, wo doch Deutschland nun zwei Jahre lang im UN-Sicherheitsrat einen Sitz hat, denn das Ziel der Koalitionspolitik ist eine nuklearwaffenfreie Welt. Daran müssen wir ihn ständig erinnern: „Es steht geschrieben ...“. Das tut die Friedensbewegung; das tut unser Netzwerk, auch jetzt wieder in Büchel, wo rechtswidrig 20 US-Amerikanische Atomraketen einsatzbereit gehalten und gar modernisiert werden.

Unsere Regierung kann nur so lang ein Interesse am ‚weiter so‘ haben, wie sie sich an die NATO gebunden fühlt. Jeder Vertrag kann gekündigt werden. Trump macht gerade vor, wie er, als Schwergewicht der NATO, einsame Wege geht und z. B. den Abzug der US-Streitkräfte aus der Bundesrepublik öffentlich andenkelt. Wir würden wohl feiern wollen, wenn er das durchsetzt, doch werden diese Streitkräfte bestimmt nicht in die Zivilgesellschaft entlassen. Aber es würde den Kooperationsgeist in der NATO negativ beein-



Friedensforum Köln demonstriert für ICAN

flussen. Das müsste es Frau Merkel erleichtern, sich auch nicht an Büchel gebunden zu fühlen: US-Militär weg? – dann auch US-Atomraketen aus Büchel weg. Aber das Buckeln vor der noch-Supermacht ist durch die Jahre eingefleischt. Allein schon deshalb brauchen wir eine andere Regierung. Wenn schon die Deutsche Bank eine neue Richtlinie beschlossen hat, nach der keine Rüstungsfirmen mehr unterstützt werden dürfen (wie schlecht muss es ihr gehen, dass sie sich ein solch friedliches Image zulegt?!) sollten doch auch die konservativen Politiker aufhorchen.

Aufruf an unsere LeserInnen, deren Steuern auch in Büchel missbraucht werden: Kommen Sie mit nach Büchel!** Am 7. Juli gab es vor dem Tor einen Gottesdienst, geleitet von Pastor Renke Brahms, Friedensbeauftragter der EKD. Da trafen sich einige von unserem Netzwerk. Vom 21. – 23. Juli sind wir mit zwei Aktiven dort, zusammen mit einer sehr engagierten Quäkergruppe. Vom 6. – 9. August sind dann wieder fünf andere von uns da, um an Hiroshima und Nagasaki zu erinnern; damit enden wieder 20 Wochen Widerstand der Friedensbewegung.

Gertie Brammer, Karwitz

*) So lautet der Untertitel eines Artikels in *Der Freitag* Nr. 24 von Felix Werdermann/ICAN, auf den Teile dieses Textes beruhen.

**) Auf www.atomwaffenfrei.de finden Sie alle Infos; ansonsten können Sie gerne Gertie Brammer oder Wolfgang Steuer kontaktieren, s. letzte Seite dieses Heftes.

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fachjuristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor – für Öffentliches Recht an der Freien Universität Freiburg – bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100% in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO Conscience and Peace Tax International/CPTI mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

UNTERSTÜTZERKREIS

Mehr über die Unterstützer unter: www.friedenssteuer.de

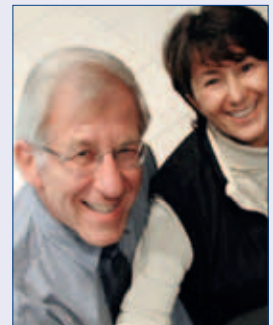
Jean Ziegler

„Die Arbeit für Friedenssteuer ist wichtig und hochaktuell, ich unterstütze Ihr Engagement, denn: ich glaube an den Aufstand des Gewissens.“



Biggi und Franz Alt

„Das Ur-Ethos aller Religionen „Du sollst nicht töten“ muss erweitert werden durch das Recht, das Töten nicht durch Steuern finanzieren zu müssen. Ein Zivilsteuergesetz ist eine Frage des Gewissens und des gesunden Menschenverstandes. Nicht nur Schwerter, auch Steuern können wir zu Pflugscharen umrüsten.“



Dr. Markus A. Weingardt

„Gewaltlose Konfliktbearbeitung wird oft als naiv und weltfremd belächelt, Militärpolitik gilt als klug und stark. Damit werden enorme Rüstungsausgaben und -lieferungen gerechtfertigt. Die Wirklichkeit spricht allerdings eine ganz andere Sprache. Wer ist hier also weltfremd?!“



Ulrich Duchrow

„Angesichts der Massenvernichtungsmittel und der obszönen Ausgaben für Rüstung, während Menschen an Hunger sterben, wünsche ich dem Netzwerk Friedenssteuer, eine Massenbewegung zu werden.“

Lutz Krügener

„2% des BIP für den Verteidigungshaushalt hieße zusätzliche Ausgaben von ca. 25.000 Mio. Euro pro Jahr. Diese Summe für Ziviles eingesetzt könnte in unserem Land und weit darüber hinaus manche Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung verhindern. Deshalb kann ich mich dem Ziel vom Netzwerk Friedenssteuer gut anschließen!“



Andreas Zumach

„Ich unterstütze die Schaffung einer Zivilsteuer, damit die dringend erforderlichen zivilen Instrumente zur Bearbeitung von Konflikten endlich in ausreichendem Umfang finanziert werden können.“



Ein pazifistischer Lebenslauf

Dr. Marduk Buscher, Jahrgang 1959, ist promovierter Medienwissenschaftler und Gründer einer Firmengruppe rund um IT und Medien. Er ist im Stiftungsrat der Bürgerstiftung Baden-Baden, sowie Präsident eines deutsch-französischen Wirtschaftsclubs. Hier beschreibt er, wie er Pazifist wurde und sich trotzdem leider keine Steuerverweigerung leisten kann. Umso stärker fordert er ein Zivilsteuergesetz.



Mein Vater war als Kommunist und Mitglied der Deutschen Jungenschaft bereits als Jugendlicher mehrfach in Gestapo-Haft und im KZ, weil er HJ- und Wehrmachtseinrichtungen sabotiert und bekämpft hatte. Von meinem Großvater wurde er 1945 unter Zwang den Nazi-Feldjägern überstellt, desertierte aber nach drei Tagen zu den Amerikanern.

Nach dem Krieg engagierte er sich u.a. für die „Volksbefragung gegen die Wiederbewaffnung“ und erhielt dafür eine Art „Berufsverbot“ (Entzug staatlicher Aufträge).

Ich wurde antimilitaristisch erzogen. Bereits mit sieben Jahren verfasste ich eigenhändig Flugblätter gegen den Vietnamkrieg und verteilte sie auf der Straße. Von meinem ersten Taschengeld kaufte ich mir 1967 dazu einen Matrizendrucker. Die Fernsehbilder der Luftangriffe auf Nordvietnam werde ich niemals vergessen können.

Der Musterung entzog ich mich unter größten Schwierigkeiten (15 Jahre ‚Untergrund‘). Es wäre für mich – unabhängig von meiner antimilitaristischen Überzeugung – undenkbar gewesen, in einem drohenden deutsch-deutschen Konflikt gegen

die eigene Familie kämpfen zu sollen (meine Tante war mit dem DDR-Innenminister Friedrich Dickel verheiratet). Und auch als Ersatzdienstleistender wäre ich im Krisenfall dem Kriegsminister, der Uniformierungs- und Kasernierungspflicht unterworfen worden. Zur Strafe drangsalierte mich die BRD mit jährlichen Betriebsprüfungen meiner gerade gegründeten Firma, weil man angesichts der damaligen Rechtslage offenbar darin den einzigen Weg sah, gegen mich vorzugehen. Auch aktuell, 2018, setzt sich diese Art der Verfolgung fort.

Ich lehne auch heute noch die Existenz der Bundeswehr – wie jeder anderen Armee – grundsätzlich ab. Gerade die Entwicklung seit 1999 hat gezeigt, dass diese Haltung richtig war. Die Ausrichtung der NATO als einer weltweiten Interventionsallianz bestätigt alle Vorbehalte gegen Rüstung und Militär. Die nun geplante europäische Verteidigungsgemeinschaft ‚Pesco‘ (s. Seite 7) hat ähnliche Zielsetzungen und macht Europa zum möglichen Schauplatz des nächsten Weltkriegs.

1999 eröffnete ich in der Baden-Badener Fußgängerzone eine Informationsstelle gegen die NATO-Aggression in Jugoslawien, 2001 und 2003 nahm ich vor Beginn des Afghanistan- und des Irak-Krieges mehrfach an Blockaden vor KSK- und US-Einrichtungen teil. Ich übte zivilen Ungehorsam, ließ mich wegtragen und wurde mit Prozessen und einer Hausdurchsuchung ‚bestraft‘. Im Gegenzug verklagte ich mehrfach vergeblich Josef Fischer und Gerhard Schröder wegen Beteiligung an einem Angriffskrieg.

Aufgrund meiner geschilderten Einstellung wird es für mich zunehmend unerträglich, durch meine Steuerzahlungen die militärische Rüstung der Bundesrepublik mitfinanzieren, und damit auch die moralischen und wirtschaftlichen Folgen (wie den Hunger auf der Welt, den Zerfall der Zivilgesellschaft in arm und reich, die terroristischen Anschläge gegen alle beteiligten Staaten – bis hin zu einem denkbaren Atomkrieg) mittragen zu müssen.

Da es mir als Unternehmer nicht möglich ist, meine Überzeugung und Verzweiflung auf legalem Wege zu demonstrieren, und mein einseitiger Steuerboykott die Existenz von Dutzenden Arbeitsplätzen in meinem Unternehmen gefährden würde, beteiligte ich mich 2009 aktiv an der Verfassungsbeschwerde des Netzwerks Friedenssteuer mit dem Ziel, das Recht auf Kriegssteuerverweigerung verfassungsmäßig durchzusetzen.

Dr. Marduk Buscher, Baden-Baden

INHALT

Pazifistischer Lebenslauf	3
Überraschung aus Köln	4
Jahrestagung & neue Aktionen	5 – 7
Sicherheit oder Frieden?	8
Sicherheit neu denken	9 – 10
Zwei Nachrufe	11
Adressen & Termine	12

BEILAGEN

Flugblatt Finanzamtsaktion
Unterschriftenliste

IMPRESSUM

Die Friedenssteuer Nachrichten (FN) werden herausgegeben vom Netzwerk Friedenssteuer e.V. V.i.S.d.P. & verantwortliche Redakteurin: Gertie Brammer Die FN erscheinen i.d.R. 2 x pro Jahr (Auflage 700 St.) und gehen an alle, die sie bestellen, unsere Erklärung unterschrieben oder Informationsmaterial angefordert haben. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:

15. Oktober 2018

www.friedenssteuer.de

Antrag zur Unterstützung der Initiative der Vereinten Nationen für die Abschaffung von Atomwaffen als unbedingte Notwendigkeit

EINE ÜBERRASCHUNG AUS KÖLN. MÖGEN ANDERE KOMMUNEN FOLGEN!



In Köln schaffte es am 10.04.2018 eine Bürgereingabe, diesen Antrag vom Petitionsausschuss akzeptieren zu lassen.

Den Petitionsausschuss kennen wir vom Bundestag, aber doch nicht von einer Stadt? Doch! Das ist eine neue Errungenschaft

nach britischem Vorbild. Das britische Ziel einer demokratisch agierenden Stadtgesellschaft wird inzwischen auch an verschiedenen Orten in Deutschland umgesetzt. So haben die NRW-Städte nun u. a. einen ‚Petitionsausschuss‘, denn: Jeder hat das Recht, sich einzeln oder zusammengeschlossen als Gruppe mit einer Eingabe an den ‚Ausschuss für Anregungen und Beschwerden‘, zu wenden, wie der Kölner Petitionsausschuss sich nennt.

Dank des Kölner Friedensforums und seiner Bürgereingabe nahm ich am 10. April erstmals an solch einer Sitzung teil. Nicht nur der Antrag motivierte mich, sondern auch eine frühere Irritation: Wir hatten bei internationalen Konferenzen immer wieder von skandinavischen Friedenssteuer-Leuten über deren Aktionen an die Adresse der Kommunen gehört. Ich dachte immer, dafür lehnt eine Stadt doch jegliche Zustimmung ab!

Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen vier Anfragen. 28 BürgerInnen waren erschienen. Was jedoch viele Leute zur Sitzung brachte, war die o.g. Bürgereingabe. Als Petitionen für das Friedensforum Köln sprachen Peter Förster, AK Zivilklausel Universität Köln und Pfarrer Hans Mörter, ev. Gemeinde Köln; sie trugen alle bekannten friedenslogischen Argumente zusammen. Den Gegenpart hatte Frieder Wolf, Verwaltungsmann bei ‚Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln‘; aus seiner Feder lag die Ablehnung der Eingabe vor. Zu Beginn seiner Ausführungen legte Herr Förster zudem 760 Unterschriften vor, mit denen sich die KölnerInnen mit der Abschaffung dieser Vernichtungswaffen sowie für eine Welt des Friedens und der Menschenwürde solidarisch erklären. Etwa 20 von ihnen hatten schon vorher vor dem Rathaus demonstriert. Die im Ausschuss vertretenen Parteien hatten sich vor der Sitzung mit den Anträgen befasst und trugen

ihre Positionen vor: Der CDU-Mann, Offizier der Reserve und Jurist, hob zunächst darauf ab, dass ein solcher Antrag nicht in die Zuständigkeit der Kommunalpolitik falle. Und selbst wenn in Deutschland die Atomwaffen abgeschafft würden, so wäre das Wissen doch immer noch da, und es könnte jemand eine Bombe auf Köln zielen - Prinzip Abschreckung. Später legte er nach und zitierte aus dem Jahresabrüstungsbericht 2017* der Bundesregierung (21.03.2018) eine Passage mit dem Fazit, alles sei auf gutem Weg – was die Zuhörerschaft nicht gerade entzückte. Die Sprecherin für Die Linke dankte für den Antrag, der mit so vielen Unterschriften nun wahrhaft ein Bürgerantrag sei. Der SPD-Mann hob darauf ab, dass man auch im Stadtgebiet Köln für den Frieden verantwortlich sei. Die Frau der GRÜNEN dankte fast euphorisch für den Antrag, habe der doch die GRÜNEN wieder zurück zu den Anfängen gebracht; und er habe jetzt eine intensive Diskussion zum Thema ausgelöst! Die FDP-Frau versicherte, dass dort alle Papiere gelesen worden seien; jedoch könne man dem Antrag nicht zustimmen. Danach bremste ein Verwaltungsmann mit dem Hinweis darauf, dass die juristische Fachliteratur seit 30 Jahren die Forderung nach einer kommunalen, atomwaffenfreien Zone als Regelungsbereich der Kommune kategorisch ausschließe. Dazu muss man wissen, dass 1. die Oberbürgermeisterin ein Mayor For Peace ist, dass 2. sie im Vorjahr zum Hiroshima-Tag den Demonstrierenden eine Grußbotschaft schickte, in der sie die Schließung von Büchel und Abschaffung aller Atomwaffen forderte und dass 3. der Rat bereits 1984/85 Köln zur atomwaffenfreien Zone erklärte!

Nun hat der ‚Petitionsausschuss‘ der Bürgereingabe für die Abschaffung der Atomwaffen sowie der Mayor For Peace-Kampagne ‚Vision 2020‘ zugestimmt. Das der Beifall am Ende fehlte lag daran, dass kurz vor der Entscheidung noch eine Verfahrensfrage geklärt werden musste, was sehr ablenkte. Nun ist der Rat von der Entscheidung in Kenntnis gesetzt; die des Stadtrates muss abgewartet werden.

Hannelore Morgenstern, Köln

* <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/271790/b85b3378685a17cd7f729e696d103fe4/170531-jab-2017-data.pdf>

SPANNENDE JAHRESVERSAMMLUNG

vom 23. – 25. März 2018 in Bad Hersfeld

DIE WICHTIGSTEN BESCHLÜSSE WAREN

1. Wir machen als Verein weiter wie bisher, statt eines angedachten Anschlusses an einen größeren oder altersgemäß besser aufgestellten Verein.

2. Wir machen weiter mit niederschweligen Aktionen, wo jede/r leicht mitmachen kann.

Klingt nicht spannend? War es für uns aber.

Zu 1:

Wir haben immer mit Herzblut für ein Zivilsteuergesetz gearbeitet. Dass wir das Ziel in unserem Leben vielleicht oder wahrscheinlich nicht erreichen würden, war uns ja klar. Damit kann man leben, wenn es jüngeren Nachwuchs gibt; der aber fehlt ganz. Also dachten wir darüber nach, ob wir uns nicht mit einer anderen Organisation zusammenschließen sollten, welche bereit wäre unser Thema weiterzuführen, wenn wir es nicht mehr können (wir sind meist 70+). Bis dahin würden wir natürlich in dieser anderen Organisation wie gewohnt weiterarbeiten. Aber daraus wurde leider nichts.

Wir fragten bei vier Organisationen an, die wir als ‚nahe Verwandtschaft‘ betrachten. Alle vier antworteten mit Verständnis und Sympathie und schlugen vor, in ihrem Verband eine eigene Arbeitsgruppe zu werden. Nur: sie haben zum Teil ähnliche Probleme wie wir, zum Teil arbeiten sie anders, und meistens haben auch sie wenig wirklich Aktive. Wir wären innerhalb der Gast-Organisation eine mehr oder weniger isolierte Gruppe geblieben. Keine echte Lösung! Und so beschlossen wir die Fortführung des Vereins, mit der Maßgabe, mit diesen vier Organisationen weiterhin gute Kontakte zu pflegen und gleichzeitig weiter nach alternativen Lösungen auszusuchen.



Suchbild: wo sind unsere und Ihre Töchter und Söhne?
Jahrestagung 2018

Zu 2:

Weitermachen heißt: Immer wieder neue Aktionen ausdenken, um unser Thema breiter bekannt zu machen.

· **Lobbyarbeit unter Bundestagsabgeordneten**

erscheint uns im Moment nicht aussichtsreich, was Gespräche in Berlin betrifft. Uns fehlen die Menschen, sie dort geballt zu führen. Was aber immer gut möglich ist: Gespräche in den Wahlkreisen. In den Kreisbüros haben die Abgeordneten etwas mehr Zeit und auch Interesse, weil es dort um die potentiell eigenen Wähler geht. Wenn Sie sich nicht sicher sind, wie man eine Termin-Anfrage formuliert oder welches Infomaterial man eventuell mitschickt, bekommen Sie gerne individuellen Rat bei Dr. Wolfgang Steuer (s. Seite 12).

· **Hilfsweise** weichen wir wieder auf **Finanzamtsaktionen** aus. Das Finanzamt ist die Stelle, wo unsere Steuern ankommen und somit der zweitbeste Ort, unsere Forderung zu stellen. Die dortigen Mitarbeiter sehen das naturgemäß anders; wir kennen ihre Reaktionen zur Genüge. Darum wollen wir auch keine Neuaufgabe der größeren Verweigerungsaktion aus den Jahren 2011 - 2012. Diesmal wollen wir unseren Finanzämtern etwas schenken: regelmäßig 4,30 Euro und einen neuen Impuls! Das sind sie nun gar nicht gewohnt, und wenn das viele, viele Menschen mitmachen, erreichen wir Aufmerksamkeit die weitergeht als ein Brieflein mit der Bemerkung: „Dafür gibt es keinen Posten in unserer Buchführung. Hören Sie auf damit!“

Diesem Heft liegt ein Flugblatt bei, worin Sie alles zu der Aktion finden. Auf der einen Seite steht ein Textvorschlag für einen Brief an Ihr Finanzamt. Den können Sie kopieren oder auch von unserer Webseite herunterladen und nach Bedarf anpassen. Auf der anderen Seite die Hintergründe. Sie können auch ganz einfach das Flugblatt ausfüllen und als Ganzes hinschicken.

Natürlich erwarten wir keine Wunder – oder doch? Unsere LeserInnen könnten Wunder wirken, wenn sie in großer Zahl mitmachen und noch viele andere Menschen zusätzlich dazu anstiften würden! Dann käme endlich Bewegung in die Sache. Wir schicken Ihnen gerne mehrere Aktions-Flugblätter zu!

Sehr hilfreich wäre es, wenn Sie uns vor ihrer Teilnahme melden würden, an welches Finanzamt Sie wann schreiben möchten, damit wir jeweils kleine Sammelaktionen mit Pressemitteilung daraus machen könnten.

Denn wenn drei Menschen zeitversetzt ans gleiche Finanzamt schreiben, geht ihre Aktion eher unter, weil u.U. drei verschiedene Sachbearbeiter die gleiche Standardantwort zurückschicken. Bei einer gemeinsamen Aktion kann man gleich an den Dienstleiter schreiben und auf die Pressemitteilung hinweisen. Was in der Regionalzeitung steht, wird gelesen!

• Lobbyarbeit in den Kirchen

Viele meinen, dass die Kirchen sich nicht deutlich genug gegen die Kriegstreiberei einsetzen und unser Anliegen zu wenig unterstützen. Dazu erst ein kleiner Ausflug in die Geschichte.

1991 hatte die letzte ev. Kirchenkonferenz in der DDR beschlossen: *„Die Konferenz der Ev. Kirchenleitungen wird beauftragt, im Gespräch mit der Bundesregierung Möglichkeiten zu suchen, die im Grundgesetz zugesicherte Glaubens- und Gewissensfreiheit gesetzlich so auszugestalten, dass die Steuerzahler die Möglichkeit erhalten, darüber zu entscheiden, ob von ihnen gezahlte Steuern für Rüstungs- oder Kriegszwecke verwendet werden dürfen. Die dadurch dem Rüstungsetat entzogenen Mittel sollen für soziale oder ökologische Zwecke zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.“* Einzelne Landessynoden (Thüringen, Berlin-Brandenburg) hatten ähnliche Beschlüsse gefasst. Doch es wurde nichts daraus; die ‚Westkirche‘ hatte kein Interesse. Adressat eines solchen Beschlusses müsste heute die EKD sein, mit der Forderung, gegenüber der Bundesregierung entsprechend tätig zu werden.

2009 tagte der Ökumenische Rat der Kirchen in Genf. Der Zentralkomitee „... hob hervor, dass Christen in den Ländern, in denen es ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gibt, aufmerksam dafür sind, was mit ihren Steuergeldern zur Unterstützung von Krieg geschieht. ... Dieser Aspekt der Verweigerung aus Gewissensgründen verdient weitere Untersuchungen und Aufmerksamkeit. ...

... ermutigt die Kirchen, sich mit der Frage von Steuergeldern für militärische Ausgaben oder Krieg sowie mit Alternativen zum Militärdienst auseinanderzusetzen.“ Auch daraufhin geschah nicht viel.

Und nun ein Ausflug in die erhoffte Zukunft, die in der Vision der Badischen Landeskirche 2013 begonnen hat und 2018 in den Text *Sicherheit neu denken* mündete (Seite 9/10!).

Wie erfreulich weit die Badenser schon sind, können Sie hier erahnen. Auf www.ekiba.de/szenario finden Sie eine längere Fassung (30 S.) und ein Buch (160 S.).

Unterstützt wird diese Vision durch einen Artikel von Prof. Dr. Jörg Winter (Kirchenjurist): *Steuerverweigerung*

aus religiösen Gründen, aus dem ich zitiere: „Das Netzwerk Friedenssteuer zielt (...) darauf ab, eine legale Möglichkeit zu schaffen, die Mitfinanzierung von militärischer Gewalt durch eine negative Zweckbindung der Lohn- und Einkommensteuer zu verweigern. (...) Generell kann festgestellt werden, dass Forderungen nach dem Muster der Kriegsdienstverweigerung (...) in Rechtsprechung und Literatur weitgehend auf Ablehnung gestoßen sind.“ Nach Benennung der Gründe – Hauptgrund ist immer wieder die so genannte Verletzung des Budgetrechts des Bundestags – meint er, dass damit aber die Frage nicht entschieden sei, ob es dem Gesetzgeber erlaubt wäre, eine solche legale Möglichkeit neu zu schaffen. Denn letztlich sei es eine Frage des politischen Willens, ob der Gesetzgeber bereit ist, eine gewissensneutrale Steueralternative für Rüstungsgegner zu eröffnen.

2013 hatte die Synode der badischen Landeskirche grundsätzliche Beschlüsse zur Neuorientierung der Friedensethik gefasst. Es liege in der Konsequenz, so der Autor, eine rechtspolitische Forderung wie die vom Netzwerk Friedenssteuer zu unterstützen. Vorbild für eine solche Beschlussfassung könne der Beschluss aus 1991 der ev. Kirchenkonferenz der ehem. DDR sein, wie oben erwähnt.

Hier ein Zitat (Vision!) aus Seite 9 der längeren Fassung von *Sicherheit neu denken* zu unserem Anliegen:

2023 Papst-Enzyklika „fructus iustitiae pax“

Als der Papst in seiner Enzyklika „Fructus iustitiae pax“ – Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein (Jesaja 32,17) alle Staaten, insbesondere die Industriestaaten auffordert, ihre finanziellen Mittel deutlich von militärischer in Richtung nicht-militärischer Sicherheitspolitik umzuschichten, engagieren sich immer mehr Pfarrgemeinden und Kirchen in Deutschland und Europa für die Kampagne, die Ende des Jahres bereits 3.000 Mitträger-Organisationen aufweist.

Die Bundesregierung erlässt auf Anweisung des Bundesverfassungsgerichts in Erfüllung des im Art. 4 (1) GG garantierten Gewissensschutzes eine Verordnung, derzufolge kein Steuerzahler gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, Rüstung und Militär mitzufinanzieren. Immer mehr Menschen nehmen dieses Recht in Anspruch, so dass auch einige Parteien beginnen, den Rückbau der Bundeswehr in ihr Wahlprogramm aufzunehmen

Sowohl die Evangelische als auch die Katholische Kirche in Deutschland setzen sich in ihren europäischen Netzwerken für eine Akzeptanz der beabsichtigten Demilitarisierung europäischer Sicherheitspolitik durch deutsche Nachhaltigkeitspolitik in den restlichen EU-Staaten ein. In Umfragen sprechen sich bereits 40% der Bevölkerung für einen Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik aus.

Liebe LeserInnen, mit diesem tollen Impuls aus der Badischen Landeskirche können Sie in ihren eigenen Kirchenkreisen versuchen, Begeisterung zu wecken. Endlich eine echte Vision, die umsetzbar scheint.

• **Unterschriften sammeln** kann wirklich spannend sein, wenn man darüber mit Menschen richtig ins Gespräch kommt, gerade jetzt, wo ‚Verteidigung‘ bis zu 2 % des BIP erhöht werden soll (Stand jetzt: 1,2 %). Viele werden ängstlich bei dem Gedanken, dass die Bundeswehr am Ende abgeschafft werden könnte. Es wäre gut dann zu erklären, was Menschen in Gegnergruppen bzw. in Kriegsbereitschaft bringt. Lesen Sie dazu auf Seite 8 einen Artikel von Robert Antoch (Psychologe). Den vollständigen Text finden Sie auf unserer Webseite (Startseite>Aktivitäten>Downloads>Vorträge>Seite 3); oder wir schicken ihn postalisch zu. Die Webseite bietet zudem viele Argumente pro/contra ein Zivilsteuergesetz (Startseite>Politik). Bei der untersten Taste finden Sie die wichtigsten Argumente, die Sie als Flugblatt ausdrucken (oder bei der Redaktion bestellen) können. Ein gutes Argument ist auch die Frage: „Wenn Waffen Frieden schaffen würden, wieso werden dann immer mehr Waffen gebraucht?“

Wir empfehlen auch, sich das Theaterstück der Berliner Compagnie *Das Bild vom Feind. Wie Kriege entstehen anzusehen*. Wir organisieren ein Gastspiel; es wird am 6.11. in Dannenberg/Wendland aufgeführt. Wer in der

Nähe wohnt ... oder selber in 2019 ein Gastspiel organisieren will ... nur zu! Die Redaktion hilft Ihnen gerne auf die Sprünge. Nach solchen Aufführungen bekommt man leicht viele Unterschriften!

Wenn wir wieder 10.000 Unterschriften haben, können wir die beim Petitionsausschuss des Bundestages nachreichen (dort liegen schon 12.000 St.; bisher sind 3.870 dazugekommen)

Ergebnisse der **Mitgliederversammlung 2018**

Der Bericht der Kassenprüferin Lina Hoffmann führte wieder zu größter Zufriedenheit was unsere Geschäftsführerin Katharina Rottmayr betrifft. Sie wurde für die Arbeit im Jahr 2017 mit Dank einstimmig entlastet. Der Kontostand am 31.12.2017 – und auch jetzt – ließ allerdings zu wünschen übrig. Wir hatten in 2017 viel Geld für die Wahlkampagne ‚Bürgerbündnis 2017‘ ausgegeben, so dass für 2018 finanziell sowieso nur kleinere Aktionen geführt werden können.

Auch die Vorstände Dr. Wolfgang Steuer und Hannelore Morgenstern wurden entlastet und bekamen für ihre Arbeit einen verdienten Applaus.

Die Redaktion



Wer zum Tag der Bundeswehr kam, wurde mit diesem Text am Eingang begrüßt. Leider hat die Bundeswehr für sich vergessen, was sie andere verboten hat ...

Foto: Albert Blattmann.

Auch wenn Bundeswehr samt Militärseelsorge sich prinzipiell Sicherheit neu denken können (s. Seite 10 Punkt 7) – vorläufig steckt die Politik sie erst noch in weitere Zwänge. Folgender Text, uns zugespielt von unserem Leser Bernhard Völk, steht auf: www.german-foreign-policy.com/news/detail/7651/. Bitte dort weiterlesen.

DIE KOALITION DER KRIEGSWILLIGEN 26.06.2018

PARIS/BERLIN (Eigener Bericht) – Deutschland beteiligt sich an einer gestern gegründeten neuen europäischen Militärformation. Die Europäische Interventionsinitiative, die auf einen französischen Vorstoß zurückgeht, steht EU- wie auch Nicht-EU-Staaten offen; sie soll schnelle Entscheidungen über gemeinsame Kriegseinsätze ermöglichen und die bisherige EU-Militärkooperation („PESCO“) um eine operative Komponente erweitern. Bereits für September ist eine erste Zusammenkunft der militärischen Führungsstäbe der – bislang – neun beteiligten Staaten angekündigt. Mit dabei sind Großbritannien, das auch nach dem EU-Austritt die Militärszusammenarbeit mit dem Kontinent fortsetzen will, und Dänemark, das seiner Bevölkerung einst ein Opt Out (Ausnahmeregelung) aus der EU-Militärpolitik zugestanden hat, dies nun aber umgehen kann, **weil die Interventionsebene offiziell nicht innerhalb der EU angesiedelt ist.** (Hervorhebung durch Red.) Experten sprechen von einer europäischen „Koalition der Willigen“. Deren Gründung geht mit milliardenschweren Militarierungsplänen der EU-Kommission und mit teuren deutsch-französischen Rüstungsprojekten einher.

Wo die Not am Höchsten ist, ist noch lange keine Rettung nah, aber neue Hoffnung. Die heißt: **World beyond War**. Diese globale Friedensbewegung in den USA hat schon Untergruppen in verschiedenen europäischen Staaten. Auf www.worldbeyondwar.org/personen können Sie folgende Basis-Erklärung unterschreiben:

„Ich verstehe, dass Kriege und Militarismus uns weniger sicher machen anstatt uns zu schützen, dass sie Er-

wachsene und Kinder töten, verletzen und traumatisieren, die natürliche Umwelt schwer schädigen, Bürgerrechte erodieren, unseren Volkswirtschaften schaden und Ressourcen von lebensbejahenden Aktivitäten abziehen. Ich verpflichte mich dazu, mich für gewaltfreie Bemühungen zu engagieren und diese zu unterstützen, mit dem Ziel, alle Kriege und Kriegsvorbereitungen zu beenden und einen nachhaltigen und gerechten Frieden zu schaffen.“

Sicherheit oder Frieden – was ist das für eine Frage?

Von Dietrich Bonhoeffer ist folgende Feststellung überliefert: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Frieden muss gewagt werden, (Frieden) ist das eine große Wagnis, und lässt sich nie und nimmer sichern. Frieden ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt Misstrauen haben, und dieses Misstrauen gebiert wieder Krieg“.

Wenn wir bei unseren Bemühungen um Sicherheit und Frieden also statt des Weges der Konfrontation, der die waffengestützte Gewalt nicht ausschließt, den Weg der Verständigung und das Ziel eines von beiden Seiten her angestrebten Friedensschlusses wählen, können wir den Weg der Menschheitsentwicklung wohl ein Stück weit mitbestimmen. Statt einer Sicherheit nur des Stärkeren wäre so ein Frieden für alle zu gestalten. Doch der Versuch, die Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung auszuschließen, bedarf immer der beiderseitigen Anerkennung aller Unterschiedlichkeit sowie der Verständigung darüber. Ob das gelingt, ist psychologisch betrachtet davon abhängig, wie Menschen sich in ihrem Menschsein begreifen. Dies ist kurz und bündig auch der Ausgangspunkt der vor einigen Jahren in der Zeitschrift „Wissenschaft & Frieden“ veröffentlichten Diskussion unter den Stichworten „Friedenslogik“ und „Sicherheitslogik“¹.

SICHERHEIT ODER FRIEDEN?

Natürlich geht es, wenn von Frieden die Rede ist, auch um eine Art Sicherheit, aber eben nicht um die pure Sicherung der Interessen nur einer Seite wie in der „Sicherheitslogik“, sondern um die Sicherheit und den Schutz des Zusammenlebens beider Parteien; also um eine Sicherheit, die den Namen Frieden² verdient, weil ihr Sinn darin liegt, dass die beiden Konfliktparteien sich gegenseitig nicht mehr verdächtigen, in Schach halten und mit Gewalt und Krieg bedrohen müssten.

Nur die Absage an die Angst, an das Misstrauen und an die Gewalt öffnet den Weg zu der mutigen Entschlossenheit, das Friedens-Wagnis einzugehen, zu dem es für den, der Frieden will, keine Alternative gibt. Das Vertrauen auf eine solche Kraft in allen Menschen, also sowohl in uns wie auch in unseren Gegnern, nährt die Hoffnung, das Wagnis einzugehen, das Frieden heißt und niemals gesichert, sondern immer nur gelebt werden kann. Insofern führt uns der Leitspruch „Entschieden für den Frieden“ nirgendwo anders hin als dazu, unseren ganzen Mut zusammenzunehmen und auf die Illusion einer Sicherheits-Garantie zu verzichten. Sind wir nicht gut beraten, uns auf ein Leben in einer friedlichen Zukunft zu verständigen, statt unseren Status quo mit Todesdrohungen zu sichern?

Robert F. Antoch, Düsseldorf

	„SICHERHEITSLOGIK“	„FRIEDENSLOGIK“
Wert des Menschen	Es gibt zwischen Menschen ein Oben (= gut) und ein Unten (= böse), das von der Seite des Bösen angegriffen und in Frage gestellt wird.	Menschen gelten trotz aller Unterschiede und Gegensätzlichkeiten als gleichwertig – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe oder ihrem sozialen Status.
Vorstellung vom Menschen	Wer nicht zu uns gehört, erweist sich dadurch als Feind, der – weil ich nur auf der richtigen Seite stehen kann – auf der falschen Seite steht.	Der mit anderer Herkunft oder anderen Interessen kann sich als Gegner erweisen, der mir mit einem eigenen Willen gegenübersteht: Das macht unsicher, aber auch neugierig.
Umgang mit Angst	Diese Verunsicherung macht Angst, eine Angst, die zunächst einmal abgewehrt werden muss, weil sie sonst unmittelbar in Gewalt umschlägt.	Mit der beschriebenen Unsicherheit und Angst können sich beide Seiten ohne Androhung von Gewalt auseinandersetzen, sodass die Angst nicht verdrängt werden muss.
Umgang mit Konflikten	Konflikte stellen als Störungen der Sicherheit Bedrohungen dar: als die obersten Werte sind Sicherheit und Handlungsfreiheit möglichst ohne Zugeständnisse an den „Feind“ wiederherzustellen.	In Konflikten können beide Seiten die Interessen der anderen auf sich wirken lassen: Zugeständnisse werden für möglich gehalten und können erst dadurch auch gesucht und gefunden werden.
Verständnis von Sicherheit	Sicherheit wird als die notwendige Voraussetzung für Frieden angesehen.	Frieden wird als notwendige Voraussetzung für Sicherheit angesehen.
Umgang mit Macht	Die angestrebten Konfliktlösungen basieren auf der Macht des Stärkeren, der seine Sicht des Guten und zugleich einzig Richtigen durchsetzt. Damit wird der Ausgangspunkt dieses Menschenbildes bestätigt.	Die angestrebten Konfliktlösungen basieren auf Machtausgleich und auf dem Vertrauen in die wechselseitige Verständigungsbereitschaft. Das Ziel („das gemeinsame Gute“) besteht in einer Lösung, die die Gleichwertigkeit wiederherstellt und bestätigt.

¹ im Internet abrufbar unter: <http://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php%3FdossierID%3D079>,

² z.B. nach der Definition des Vereins Aachener Friedenspreis e.V.: „Frieden ist eine Grundhaltung, die Interessengegensätze auf den verschiedensten Ebenen so austrägt, dass damit dem Ausbruch von gewaltsamen Feindseligkeiten jeglicher Boden entzogen wird“.

Sicherheit neu denken (Snd) – von der militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik – ein Szenario bis zum Jahr 2040

Theodor Ziegler, Forum Friedensethik in der Evang.Landeskirche in Baden (FFE) 20.06 2018

1. Die Aktivitäten der Friedensbewegung haben **bislang** den **Schwerpunkt auf der Militärkritik**:

- gegen Rüstungsexporte in Krisen- & Kriegsgebiete,
- gegen bestimmte Militäreinsätze,
- gegen Kindersoldaten,
- gegen Drohnen, gegen Atomwaffen und gegen vieles mehr.

Umfragen bestätigen, dass die **deutsche Bevölkerung diese Kritik mehrheitlich teilt**. Trotzdem - bei der Wahlentscheidung für den Bundestag spielt diese Militärkritik keine große Rolle.

In Gesprächen wird oft deutlich, dass man die militärische Friedenssicherung durch die Bundeswehr und NATO, trotz aller Kritik an bestimmten Auswüchsen, und trotz aller offenkundigen Erfolgslosigkeit für alternativlos halte. Und dies, obwohl die Eskalationsgefahr zu einem dritten Weltkrieg derzeit so hoch ist wie seit der Kubakrise nicht mehr und obwohl der jährliche Billionenaufwand für die Rüstungsausgaben Mitursache für das furchtbare Elend und den Hungerstod von Millionen Menschen ist.

Auf der politischen Bühne wurde das quasireligiöse „Bekenntnis zu Bundeswehr und Nato“ zur Gretchenfrage, ob eine Partei „politikfähig“ ist oder nicht. Dies verdeutlicht meines Erachtens zweierlei: das nach wie vor

- ungebrochene Vertrauen in den Mythos der schützenden militärischen Gewalt
- und die Unkenntnis von Alternativen.

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass die Redewendung „unseren Beitrag leisten“ nur die ständige Erhöhung des Rüstungshaushaltes bedeutet und „Verantwortung [zu] übernehmen“ nur noch ein Euphemismus für die Durchführung bzw. Befürwortung völkerrechtswidriger Militäraktionen sein kann.

2. **Wofür steht die Friedensbewegung?** Welche Alternativen zum Militär schlägt sie vor? Gerade jetzt in dieser Zeit zunehmender Militarisierung?

Ein Wandel von einer militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik ist nur auf demokratischem Wege möglich. Deshalb ist die Entwicklung eines entsprechenden Szenarios und eines gesellschaftlichen Diskurses darüber unverzichtbar.

Auch innerhalb der Friedensbewegung muss das Engagement für eine substanzielle, konstruktive Alternative zum Militär eine viel größere Bedeutung bekommen.

3. Historisch betrachtet gab es nach der **Remilitarisierung** Deutschlands und der Wiedereinführung der **Wehrpflicht Mitte der 1950er** Jahre erste Bemühungen, diese nicht nur abzulehnen, sondern bessere Alternativen dazu

aufzuzeigen. Zu erwähnen sind hier die Bemühungen der Gruppe um Theodor Ebert und Wolfgang Sternstein um eine im Geiste Gandhis aufzubauende Gewaltfreie Zivilarmee, aber auch die von beiden und vielen anderen betriebenen Forschungen, aus denen dann im Kontext des Ost-West-Gegensatzes das Konzept der Sozialen Verteidigung entwickelt worden ist. Initiativen wie die „Werkstatt für Gewaltfreie Aktion in Baden“ und dann der „Bund für Soziale Verteidigung“ waren der Versuch, konstruktive Alternativen zur militärischen Friedenssicherung aufzuzeigen. Mit dem vorübergehenden Wegfall des Ost-West-Gegensatzes nach 1989 erfolgte eine Aufgabenverlagerung.

4. Aufgrund einer **Eingabe des Arbeitskreises Frieden** im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald und einem breiten Beratungsprozess in fast allen Bezirkssynoden entschloss die badische Landessynode im Jahr 2013, sich auf den Weg zur **„Kirche des gerechten Friedens“** zu begeben. Neben diversen Aspekten der Militärkritik, wie beispielsweise an Rüstungsexporten, gibt es auch konstruktive Vorhaben. Am wichtigsten erscheinen mir hierbei zwei Konkretionen:

- Für kirchliche MitarbeiterInnen soll die Friedensbildung zum grundständigen Ausbildungsbestandteil werden.
- Gleich dem gesetzlich beschlossenen Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung soll ein Szenario für den Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung entworfen werden.

5. Der mit der Umsetzung vom Evang. Oberkirchenrat betraute landeskirchliche Friedensbeauftragte, Stefan Maaß, bildete daraufhin eine interdisziplinäre Projektgruppe mit Menschen aus der kirchlichen und aus der verbandlichen Friedensarbeit unterschiedlicher Konfessionen und Professionen, darunter ein Szenarienforscher, der in die Szenarientechnik einführte. Die Ausarbeitung eines knappen Trend-, eines knappen Negativ- und eines ausführlichen Positivszenarios erfolgte durch Kleingruppen. Das erste Ergebnis wurde 2017 verschiedenen ExpertInnen aus Wissenschaft, Friedensbewegung, Militär und Kirche vorgestellt und aufgrund deren Rückmeldungen nochmals überarbeitet.

6. Snd-Kurzvorstellung durch die Folien „Fünf Säulen der Ziv. Sicherheitspolitik“ und „Zeitliche Meilensteine“:

7. Auf einem friedensethischen Studientag des **Evang. Oberkirchenrat**, am Samstag, **28.4.2018** wurde das Snd interessierten Landessynodalen sowie der interessierten

Fachöffentlichkeit vorgestellt. In einer vertiefenden Arbeitsgruppe wurde das Szenario Snd sehr begrüßt, auch von Vertretern der Bundeswehr und der Militärseelsorge. Letztere merkten jedoch als Probleme an:

- Bedrohung durch Russland werde unterschätzt
- heutiges Kriegsbild sei der Cyber-Krieg
- Bevölkerung wolle möglicherweise auf den Schutz des Militärs nicht verzichten.

8. Die badische Landeskirche konnte diesen ersten Impuls für eine nichtmilitärische Friedenspolitik geben und ist gewiss auch bereit zur weiteren Mitarbeit. Zur Realisierung einer zivilen Sicherheitspolitik bedarf es jedoch der Kooperation mit möglichst allen Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten, die an einer Friedenspolitik im Sinne des positiven Friedensbegriffes, siehe auch SDGs, interessiert sind.

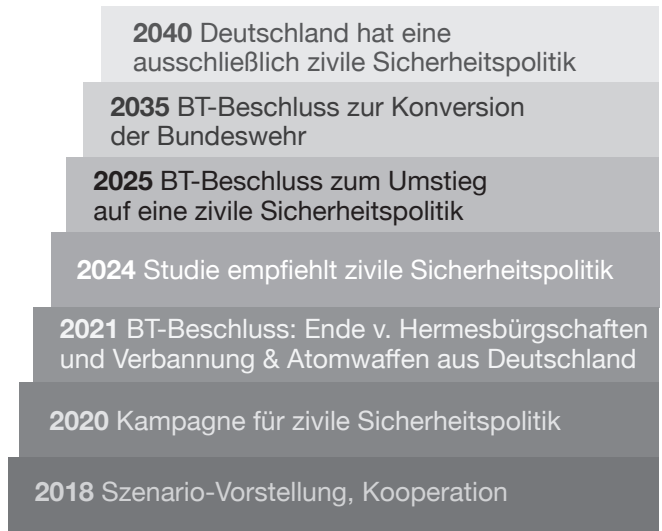
9. Ein erstes **Sondierungstreffen** soll nun am **27. Juni** in Karlsruhe stattfinden. Dabei dürften folgende Aspekte eine Rolle spielen:

- Inhaltliche Weiterarbeit am Szenario (sind alle Schritte beschrieben, ist der Zeitplan realistisch, mit welchen Vorbehalten und Widerständen ist zu rechnen usw.?)
- Vermittlung des Szenarios in Friedensbewegung und -forschung, Gewerkschaften, Medien, Gewerkschaften usw. in Deutschland und event. auch in benachbarten Ländern, in den Landeskirchen und Diözesen

(z. B. Friedensthematik auf bayerischer Landessynode Frühjahr 2019; Friedensschwerpunkt der EKD-Synode Herbst 2019, aber auch in Kirchenbezirken, Gemeinden und im Religionsunterricht),

- Mittelfristige Strukturierung der Arbeitsphasen entsprechend des Szenarios
- Konkretisierung einer ersten Arbeitsphase von 2 bis 3 Jahren
Professionalisierung und Institutionalisierung sowie deren Finanzierung

10. Ziel muss sein, dass die **Friedensbewegung nicht nur hinter den militärpolitischen Entscheidungen der Politik hinterherhechelt**, sondern durch die Präsentation eines neuen Szenarios für eine zivile Sicherheitspolitik eine plausible und **attraktive Alternative** aufzeigt.



Zivile Sicherheitspolitik



Leider mussten wir uns von zwei aktiven Friedenssteuerleuten verabschieden. Wir sind dankbar für die lange Zeit, die wir sie bei uns haben durften und für ihren Einsatz für unser Thema. Es war beileibe nicht das Einzige, wofür sie sich engagierten, und wobei wir sie vermissen.



Am 4. Mai starb Ewis Storck aus Bergen/D (Wendland) im Alter von 87 Jahren. Wir lernten uns 2010 bei der KURVE Wustrow kennen und waren gemeinsam beim Versöhnungsbund; seitdem war Ewis Feuer und Flamme für das Zivilsteuergesetz. Da sie leider schon sehr lange an Multiple Sklerose litt und sich auch innerhalb

der Wohnung nur mit Rollstuhl bewegen konnte, hatte sie sich auf das zugelegt, was ihr noch blieb: auf's Schreiben von Briefen an Prominente aus Politik und Kirche, sowie auf Leserbriefe an die Regionalzeitung. Gäste kamen ihr nicht aus dem Haus ohne Unterschrift unter unserer Erklärung. Und ich nicht ohne einen neuen Auftrag. Der letzte lautete: „Hol' doch die Berliner Compagnie ins Wendland, das neue Stück passt genau zu unserem Thema!“ Wie konnte ich verweigern? Sie hatte recht. Sehr schade, dass sie die Aufführung nun nicht mehr erleben kann. Aber Harmen, ihr Mann, der sie so lang und liebevoll versorgt hat, wird kommen und noch viele weitere WendländerInnen, die sie schon ‚verpflichtet‘ hatte.

Tschüß, liebe Ewis! Du wolltest Sand im Getriebe sein - du warst es.

Gertie Brammer

*Freunde, dass der Mandelzweig
sich in Blüten wiegt
bleibe uns ein Fingerzeig
wie das Leben siegt.
Shalom Ben-Shurin*

Am 24. Mai ist unsere langjährige Freiburger Freundin Mechtild Eisfeld aus Freiburg/Br. gestorben.

Wir haben Mechtild seit den 90er Jahren immer wieder bei unseren Treffen in der Freiburger Region gesehen. Die Möglichkeit, gegen die Finanzierung des Militärs durch Verweigerung eines Anteils zu protestieren, hatte sie überzeugt, sodass sie

in den 90er Jahren Klage gegen ihr Finanzamt einreichte und vor das Finanzgericht brachte.

Über viele Jahre hatte Mechtild gewaltfreie Trainings und Mediation im In- und Ausland durchgeführt, zuletzt auch in Gesprächen mit Freiburger Pegida-Anhängern und deren Gegnern. In der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden war sie mit Christoph Besemer eine der Hauptsäulen für die Ausbildung zu gewaltfreier Konfliktlösung. Viele kennen sie von diesen Seminaren, auch ich. In Ländern wie Nicaragua, USA, Rumänien und Palästina, zuletzt auch im Tschad, hat Mechtild verfeindete Gruppen zum Gespräch miteinander eingeladen und zu gewaltfreien Lösungen motiviert. Darüber hinaus hat sie vielen der Entrechteten und Unterdrückten auch materiell geholfen. In der Wohnungslosen- und Flüchtlingsbetreuung hatte sie sich ebenfalls engagiert und praktische Unterstützung geboten.

Mechtild ist 79 Jahre alt geworden. Wir trauern um eine aufrechte Unterstützerin und Kämpferin für Gerechtigkeit und Frieden.

Wolfgang Steuer



FRAGEN & MITTEILUNGEN

Möchten Sie die Friedenssteuer Nachrichten lieber per Mail als per Post erhalten, bzw. lieber im Internet lesen? Dann schicken Sie bitte der Redaktion (s. letzte Seite) eine Mail. Es würde Papier sparen, was ökologischer und für uns billiger ist. Wer aber lieber beim Papier bleibt: kein Problem!

Wer für die Kampagne ‚Bürgerbündnis 2017‘ gespendet hat und noch keine Spendenquittung bekommen hat, möge sich bei Bedarf bitte an Lina Hoffmann wenden (s. letzte Seite).

WIR HABEN WIEDER BRIEFMARKEN!

Auch wenn die Post die Preise für 2019 erhöhen sollte – dann kann man ja kleine Werte dazu Kleben geben. Bestellen Sie bei Lina Hoffmann oder bei Gertie Brammer (s. Seite 12).



Netzwerk Friedenssteuer A D R E S S E N

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Telefon	email
Öffentlichkeit/Materialvers. Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz- Lenzen	05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
Steuern zu Pflugscharen	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-42307757	hannelore.morgenstern@gmx.de
Internationales/CPTI	Dietmar	Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen- Westerham	08062-7261067	d.czerny@gmx.de
	Jan	Birk	Weber Str. 2	24211	Preez	04342-3029260	jan.birk@gmx.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann- Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	030-4251860 0152 53598491	gisela-lmk@web.de
	Else	Tonke	Gubitzstr. 42	10409	Berlin	030-4444379	elsetonke@gmx.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9 a	81377	München	089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo von	Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	0511-801696	dedo.krosigk@web.de
	Gudrun	Rehmann	Brahmsstrasse 11	32756	Detmold	05231-31231	Telefon 12:30 bis 13:00
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Krelingstr. 10	90408	Nürnberg	0911-353237	b.janus@mnet-mail.de
	Lina	Hoffmann	Olivenweg 36	90441	Nürnberg	0911-662993	lina-b-hoffmann@t-online.de
Region Ost	Dietrich	Göttsching	Pfortenweg 7	99092	Erfurt	0361-2255119	dgoettsching@yahoo.de
Region Südwest	Dr. Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	07221-38194	mardukbuscher@t-online.de
	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
	Ute und Dr. Robert	Antoch	Alte Landstr. 32	40489	Düsseldorf	0211-403986	uantoch@gmx.de rantoch@gmx.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen- Westerham	08062-7261067	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stell. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-42307757	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de

SPENDEN an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.:

IBAN DE25 4306 0967 7001 6016 00 | GLS Gemeinschaftsbank e.G. | BIC GENODEM1GLS.

Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben!
Spendenquittungen werden im 1. Quartal des Folgejahres verschickt.

Termine 2018/19

Aktionstermine für Büchel: 07. Juli; 21. – 23. Juli; 06. – 09. August 2018

Wer mit uns zusammen hingehen will, nehme bitte Kontakt auf zu Wolfgang Steuer oder Gertie Brammer (s. o.).

01. September 2018 **Antikriegstag**

05. – 07. Oktober 2018 **Arbeitstreffen NWFS** in Göttingen

22. – 24. März 2019 **Jahrestagung NWFS** in der Jugendherberge Bad Hersfeld

GESCHÄFTSSTELLE Netzwerk Friedenssteuer: Krennerweg 12, 81479 München | **Telefon 089-7259416**

info@friedenssteuer.de | www.friedenssteuer.de